

Ernst & Young „Business Risk Report“. Analysten sehen staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen skeptisch.

## „Staatliche Ketten ersticken die Wirtschaft“

Neue Bedrohungen wie die zunehmende Unbrauchbarkeit gewohnter Geschäftsmodelle, die rigorosere Ökologisierung, der Eintritt neuer Wettbewerber in sicher geglaubte Märkte und natürlich die Kreditklemme und ihre Folgen haben das Spektrum der unternehmerischen Risiken gewaltig verändert. Das geht aus einer Einschätzung führender Analysten, befragt vom Prüfungs- und Beratungsunternehmen Ernst & Young, im Rahmen des „Business Risk Reports“ hervor. Aber auch die Umfrage der OeNB zeigt, dass sich Unternehmen unter der restriktiveren Ausrichtung der Banken-Kreditrichtlinien schwerer tun werden.

Gegenüber dem Vorjahr rückte der „Credit Crunch“ in der Rangliste der zehn größten Risiken vom zweiten auf den ersten Platz. Doch „Regulierung und Compliance“, im Vorjahr auf dem ersten Platz, verloren als Nummer zwei kaum von ihrer Brisanz. Einer sich verschärfenden Rezession als Folge der Finanzkrise maßen die Analysten erst den dritten Platz zu.

Top-Risiken 2009: Kreditkrise, Regulierung, Compliance und Rezession

„Wir sollten keines dieser und weiterer Risiken völlig isoliert betrachten. Viele der wirtschaftlichen Herausforderungen, mit denen sich Unternehmen derzeit konfrontiert sehen, stehen miteinander in enger Verbindung“, erläutert Martin Goworek, Partner und Leiter der Risk Advisory Services bei Ernst & Young in Wien.

„Als Folge der Krise besteht die Gefahr, dass die Regierungen der Welt vom einst totalen Vertrauen zur totalen Kontrolle schwenken.“ Das sei nicht weniger gefährlich als das Laissez-faire: „Wenn die Ketten

so eng werden, dass sich unternehmerisches Handeln nicht mehr lohnt oder zu riskant für Unternehmer und Manager wird, dann erstickt die Wirtschaft daran“, warnt Goworek. Genügend Handlungsspielraum sei aber gerade in einer Zeit wichtig, in der sich die Unternehmen unter hohem Zeitdruck neuen Verhältnissen anpassen müssten. Nationale Gesetzgeber sollten bei neuen Regelungen die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen nicht völlig aus den Augen verlieren.

Risiko veralteter Geschäftsmodelle

In engem Kontext mit der Effizienzfrage steht die Befürchtung, dass bewährte Geschäftsmodelle der Vergangenheit keinen Bestand mehr haben könnten. Dieses Risiko – auf dem Analysten-Radar neu erschienen und erst einmal auf Platz neun gesetzt – gewinnt zwar in schlechten Zeiten schneller schärfere Konturen, entsteht aber eher durch die neuen weltwirtschaftlichen Strukturen, die sich langfristig entwickeln. „Dass es gerade jetzt so sichtbar wird, hängt

auch damit zusammen, dass viele Unternehmen in Krisenzeiten empfindlicher auf das Auftauchen neuer Wettbewerber reagieren, zumal sie im Augenblick zwangsläufig stark mit sich selbst beschäftigt sind“, meint Martin Goworek.

Risiko des „Radical Greening“

Dass sowohl Regierungen als auch Konsumenten die ökologische Messlatte immer höher legen, hat dem Risiko des „Radical Greening“ zum Sprung vom neunten auf den vierten Rang in der Top-Ten-Liste verholfen. Dazu haben zum einen die steigenden Anforderungen an die Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit in einer zunehmenden Zahl von Branchen – von der Autoindustrie über die Energieversorger und die Öl- und Gasunternehmen bis hin zur Bauindustrie – beigetragen. Zum anderen gibt es einen ganz aktuellen Grund: Von der neuen US-Regierung erwarten die Analysten eine größere Bereitschaft zu konzertierten Klimaaktionen mit anderen Regierungen.

Herausforderungen als strategische Risiken erkennen

Goworek warnt davor, die Top-Ten-Risiken aus der Analysten-Perspektive zu unterschätzen: „Wichtig ist, dass die Unternehmen alle diese Herausforderungen als strategische Risiken erkennen. Diese Probleme sind keine Angelegenheiten für das institutionalisierte Risikomanagement auf der mittleren Ebene, sondern strategische Daueraufgaben, die im Vorstand zu lösen sind.“ Immerhin seien drei Punkte der Vorjahresumfrage bereits 2008 bittere Realität geworden: die Kreditklemme, die Kosteninflation und der Energiepreisschock.

Aufgrund des Handlungsdrucks auf der Kosten- und Erlöseseite könnten gerade in Österreich langfristig notwendige Veränderungen an Bedeutung verlieren: „In der Vergangenheit haben wir wiederholt beobachtet, dass österreichische Manager die Themen Risikomanagement, Interne Kontrollsysteme und Interne Revision sträflich vernachlässigen.“ Damit seien die nächsten Probleme vorprogrammiert, so Goworek.

OeNB-Studie: Verschärfte Kreditbedingungen der Banken

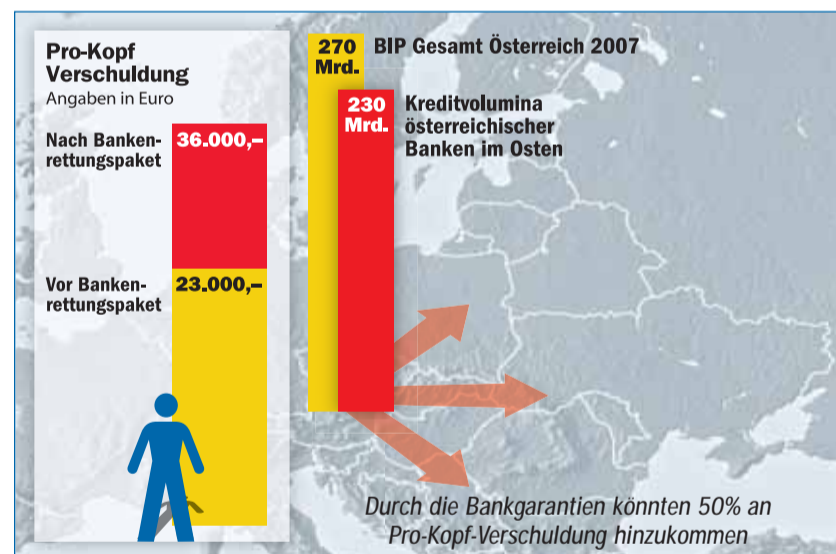
Im vierten Quartal 2008 wurden zum sechsten Mal in Folge die Zinsspannen für risikoreichere Kredite und – in etwas geringerem Ausmaß – für Kreditnehmer durchschnittlicher Bonität angehoben. Alle anderen abgefragten Bedingungen für die Vergabe von Unternehmenskrediten, wie die Sicherheitserfordernisse, die Höhe und die Fristigkeit der vergebenen Kredite, die Zusatz- oder Nebenvereinbarungen sowie die Kreditnebenkosten wurden ebenfalls seit dem dritten Quartal 2007 kontinuierlich verschärft. Ebenso hat sich laut der OeNB-Studie die Kreditnachfrage der Unternehmen nach Einschätzung der befragten Kreditmanager vermindert. Nachfrage dämpfend wirkten im vierten Quartal 2008 die Finanzierung von Anlageinvestitionen sowie der geringere Mittelbedarf für Fusionen und Übernahmen bzw. Unternehmensumstrukturierungen. Für das erste Quartal 2009 erwarten die Banken einen weiteren Rückgang der Kreditnachfrage der Unternehmen, vor allem seitens großer Betriebe.

## Riskantes Ost-Engagement der Banken

„Wir haben eine echte Gelegenheit, die Aufmerksamkeit auf die echten Schuldigen zu lenken und dass sind jene die das Geldsystem kontrollieren. Jene, die unser Geld fälschen, die Finanzblasen und später Rezessionen hervorrufen und jetzt richtig hart an einer Depression arbeiten.“ Ron Paul

Dieses Zitat lässt uns nun den Bogen zum – neben der Politik – zweiten Verursacher der Krise spannen, der internationalen Bankenwelt. Ist sie es doch, die ein Helfer der Geldmengenausweitung war. Sie war es, die beliebig Blasen geschaffen hat, an unendliches Wachstum geglaubt hat und dies ihren Kunden suggeriert hat. Die internationale Bankenwelt war es auch, die durch Arroganz und Uneinsichtigkeit die Vertrauenskrise vom Zaun gebrochen hat. Zwar hat Österreich nicht im großen Stil mitgespielt, was aber nicht heißt, dass unsere Banken bzw wir Bürger glimpflich davon kommen werden. Haben einige unserer Banken sich und leider damit uns doch ein recht eigenständiges Problem geschaffen: Das Ostengagement. Seit Jahren wurde unser Engagement im Osten medial ausgeschlachtet. internationale Medien präsentieren Bankdirektoren als geniale Strategen und Eroberer des Ostens und vermeldeten Rekordgewinne.

Sportliche 60% des österreichischen BIPs wurden von unseren Bankern im Osten an Fremdwährungskrediten verborgt – ca 230 Mrd Euro. Jeder Buchhalter eines Tante Emma Ladens hätte gewusst, dass es sich bei einem derart riesigen Engagement in einem Wirtschaftsraum um ein recht beachtliches Klumpenrisiko handelt. Aber ein solch kleinbürgerliches Denken wollten sich unsere Banker nicht leisten. Kreditausfälle von 1% sind in unserer Welt normal, 2% hatte man für den Osten sicher einkalkuliert. Jetzt, wo manche Ostwährungen 30% zum Euro verloren



haben, spricht man offiziell von einem 4-8 Prozentsatz. Die Realität wird wohl bei weit über 15-25% liegen. Kanzler und Finanzminister-Stellvertreter reisten nach Berlin und Brüssel um Hilfe zu erbitten. Diese Hilfsanfrage wurde natürlich nicht nur abgeschmettert, nein, schlimmer noch – sie wurde weitgehend ignoriert und quasi gar nicht behandelt.

Die Staatsbürger bürgen und garantieren für Ihr Erspartes

Jetzt sind natürlich wieder wir an der Reihe. Die Staatsbürger bürgen mit ihrem Erspartes für diese Banken, die derart mit der Kreditvergabe umgegangen sind. Somit garantieren wir für unser eigenes Erspartes. Jeder Österreicher vom Baby bis zum Senioren mit ca 13.000,- Euro. Im Vergleich dazu betragen die Staatsschulden pro Kopf 23.000,- Euro. Nur für unsere Bankengarantien könnten also noch mehr als 50% hinzukommen.

Eine städtliche Relation. Insgesamt wären das dann Schulden pro Kopf von 36.000,- Euro – mehr als ein Drittel der Schulden wären dann nur für unsere Banken gemacht worden – dies natürlich auch nur, sollten die Garantien schlagend werden.

Natürlich will die Politik als Gegenleistung von den Banken Einsichtnahme, Einflussnahme und vielleicht sogar vorübergehend Anteile an den Banken. Auch hier wiederum nimmt die Politik dem Bürger Unabhängigkeit und Wirtschaftsmacht weg. Etwas Verständnis muss man allerdings aufbringen, dass der Staat ein wenig Einfluss nehmen muss, allein schon wegen der Bestimmung der Managergehälter. Hier wäre ein wenig Mehr an Kontrolle absolut von Nöten. Finanzieren muss diesen Machttransfer natürlich der Bürger, weil der Staat nicht das Geld hierfür hätte. Das an dieser Gleichung eindeutig wie immer der Bürger

der Düpierte ist, ist klar. Es kann nicht angehen, dass wir unsere von uns selbst finanzierte Teilentmündigung so hinnehmen, nur um ein paar Arbeitsplätze und das Ansehen einiger Banken-GDs zu retten.

Dies macht es auch verständlich, warum sich die Parteien im Herbst binnen Tagen so schnell einig waren, die Banken derart massiv zu „retten“, besser gesagt, sich einzuverleiben.

Andere Länder haben mit ihren Banken andere Probleme. Die Auswirkungen für den Bürger sind jedoch die gleichen. Mehr und mehr NGOs, Personenkomitees und auch die Systemmedien verlieren Verständnis und Geduld. Sogar der angesehenen FAZ wird's zuviel. Sie fragt (freilich noch im Feuilleton): „Wäre es undenkbar, eine Bank untergehen zu lassen und mit den Rettungsmilliarden lieber ein neues Institut mit weniger krimineller Energie zu gründen? – FAZ: „Es ist längst Zeit, das Staunen über die irrwitzige Geschichte von den mehrfach gebündelten Schrottpapieren und den kriminellen Systemen, die ihre Verbreitung zum Geschäft gemacht haben, diesen Dealern mit gepanschten Finanzspritzen, zu überwinden und das ganze Ausmaß der sich gerade entfaltenden Weltkrise ins Auge zu fassen. Das monatelange öffentliche Kümern um die Banken hat wenig gebracht und führt dazu, die akute Gefahr kommender sozialer Krisen zu vernachlässigen. Wir haben bald ganz andere Probleme“ – FAZ.net -

Von hier ist es nur mehr ein kurzer Weg, dass solche Sätze es in den Wirtschaftsteil schaffen, danach zum viel strapazierten (in beiden Auslegungen) Mann auf der Straße. Dem Normalbürger wird es langsam dämmern: Dieses System ist nicht zu retten, ohne sehr gravierende Einschnitte philosophischer, strategischer und vor allem personeller Natur wird das nicht zu bewältigen sein.

Außerdem muss man sich auch die Frage stellen: ist ein System, welches solche Verwerfungen hervorbringen kann, überlebens- bzw retenswert? Wie die Masse auf diese Erkenntnis reagieren wird, ist nicht abzusehen. Schnell aufkeimende Unruhen in wirtschaftlich unsicheren Zeiten sind durchaus möglich – Griechenland hat es uns vorge-macht. In Frankreich und England bedarf es nur eines kleinen Fun-kens um Gewaltiges auszulösen.

Zum Abschluss sei für all jene, die die Dezember Ausgabe nicht gelesen haben, an dieser Stelle Henry Ford zitiert:

„Würden die Menschen verstehen, wie unser Geldsystem funktioniert, hätten wir eine Revolution und zwar schon morgen früh.“

Henry Ford

Autor: Thomas Bachheimer

### KONTAKT

Meridian Commodity Advisors AG  
Bahnhofstraße 9, CH-6341 Baar, Zug  
Tel.: +41-79-648 42 24  
thomas.bachheimer@meridianca.com  
www.meridianca.com